

Verein für offene Kirche fordert eigene Missbrauchsstudie für Erzbistum Vaduz

Nach Schweizer Untersuchung: Vorstandsmitglied des Vereins für offene Kirche befürchtet, auch das Land sei «keine Insel der Glückseligkeit».

Elias Quaderer

«Der Erzbischof von Vaduz war für diesen Priester nicht zuständig oder verantwortlich», heisst es in der Stellungnahme des Vaduzer Erzbistums vom Dienstag. Mit «diesem Priester» ist G. A. gemeint: Ein Priester, der gemäss Gerichtsakten in den 1950er- und 1960er-Jahren mindestens 67 Kinder sexuell missbrauchte – zunächst im Bistum Chur, dann im Bistum Basel. Aber obwohl G. A. zweimal wegen Missbrauchs verurteilt wurde und für zwei Jahre im Gefängnis sass, konnte er seine geistliche Karriere fortsetzen: Mitte der 1970er-Jahre wurde er Pfarrer in einer Liechtensteiner Gemeinde. Dies deckte eine Studie der Universität Zürich zu Missbrauch im Umfeld der katholischen Kirche seit 1950 auf.

Dennoch weist das Erzbistum jede Verantwortung für «diesen Priester» von sich. Denn G. A. habe seit den 1980er-Jahren kein Amt mehr in Liechtenstein innegehabt. Und das Erzbistum Vaduz wurde erst 1997 gegründet. Doch damit mache es sich das Erzbistum zu leicht, findet Klaus Biedermann, Vorstandsmitglied des Vereins für eine offene Kirche (VoK).

Argumente von Erzbistum «nicht überzeugend»

Biedermann verweist darauf, dass der Vaduzer Erzbischof Wolfgang Haas von 1988 bis 1997 in der Churer Bistumsleitung tätig war – zunächst als Weihbischof mit Nachfolgerecht, danach als Bischof. «Missbrauchsfälle im Bistum Chur können folglich durchaus die Amtszeit von Wolfgang Haas in Chur tangieren, und Liechtenstein war ja Teil des Bistums Chur.» Darum sei die von der Vaduzer Bistumsleitung betonte



Dunkle Wolken über der Kirche: Die jüngsten Enthüllungen zu Missbrauchsfällen in der Schweiz werfen auch in Liechtenstein Fragen auf.

Bild: Daniel Schwendener

strikte Trennung, die mit der Errichtung des Erzbistums Vaduz eingetreten sein soll, «nicht überzeugend». Zudem hätten

Recherchen des Vereins für eine offene Kirche ergeben, «dass der besagte Priester G. A. noch bis in die späten 1990er-Jahre in

Liechtenstein tätig war». Die Missbrauchsstudie der Universität Zürich hält ebenfalls fest, dass G. A. noch bis zur Jahrtau-

sendwende in verschiedenen Gemeinden des Landes wirkte.

Auf diese Punkte angesprochen, hält das Erzbistum Vaduz fest: «Ihre heute gestellten Fragen zu beantworten, liegt nicht in unserer Kompetenz.» Dafür müsse man sich besser an die Studienautoren oder an den Churer Bischof wenden.

Haas weihte Priester, deren Eignung bezweifelt wurde

Das Historiker-Team der Universität Zürich beurteilt auch die Amtsführung von Wolfgang Haas als Churer Bischof kritisch: Bei der Priesterausbildung und -auswahl habe er seine eigenen Kriterien rücksichtslos durchgesetzt. «Diese bestanden darin, möglichst viele und möglichst konservative junge Priester zu weihen – auch solche, die von den in der Priesterausbildung Verantwortlichen als nicht geeignet zum Priesterberuf erachtet wurden.»

Möglich, dass Missbrauch auch im Land stattfand

Die Untersuchung der Universität Zürich wurde von der Schweizer Bischofskonferenz, der Römisch-Katholischen Zentralkonferenz und der Katholischen Ordensgemeinschaften der Schweiz in Auftrag gegeben. Und da das Erzbistum Vaduz nicht Teil der Schweizer Bischofskonferenz ist, wurde es bei der Studie auch nicht einbezogen.

Ein Umstand, den das VoK-Vorstandsmitglied Biedermann bedauert: «Es wäre gut gewesen, wenn die Situation in der katholischen Kirche Liechtensteins ebenfalls Teil dieser Studie wäre. Wir sind keine Insel, und Missbrauchsfälle könnten sich ja im Prinzip auch im Fürstentum Liechtenstein ereignet haben.» Aus diesem Grund hält

es Biedermann für angebracht, dass für das Erzbistum Vaduz eine eigene Missbrauchsstudie durchgeführt wird. «Falls diese Studie das Ergebnis hervorbringt, es habe keine Missbrauchsfälle im Fürstentum gegeben, umso besser. Ich befürchte jedoch, dass diesbezüglich auch Liechtenstein keine Insel der Glückseligkeit ist.»

Biedermann: Zölibat sei zu hinterfragen

Insgesamt 1002 Missbrauchsfälle innert der vergangenen 70 Jahre wies die Studie der Universität Zürich nach. Als Reaktion auf diese erschreckenden Befunde beschloss die katholische Kirche in der Schweiz noch am Dienstag neue Massnahmen, um Missbrauch künftig zu verhindern: Es soll eine schweizweite, unabhängige Meldestelle für Opfer geben. Die Zulassungsbedingungen für angehende Priester sollen verschärft werden. Und alle Kirchenverantwortlichen wurden dazu verpflichtet, keine Missbrauchsakten mehr zu vernichten.

Für Biedermann sind alle diese Massnahmen auch in Liechtenstein umzusetzen. Besonders, dass auch hierzulande eine Anlaufstelle für die Opfer von Missbrauch und sexueller Gewalt geschaffen wird, erachtet er für wichtig. Weiter sei aber auch das Zölibat zu hinterfragen. «Das Zölibat ist zwar nicht allein für die leider geschehenen Missbrauchsfälle verantwortlich, verschärft aber möglicherweise eine gewisse Neigung zum Missbrauch.» Doch die Abschaffung der Zölibatspflicht müsste von Rom aus beschlossen werden. «Und das scheint leider noch nicht unmittelbar bevorzustehen», schliesst das VoK-Vorstandsmitglied Biedermann.